

# Wirtschaft Liechtenstein | Werdenberg | Sarganserland regional



Wochenzeitung für regionale Wirtschaft [wirtschaftregional.li](http://wirtschaftregional.li), [wirtschaftregional.ch](http://wirtschaftregional.ch) +423 236 16 16 @wirtschaftregio

## Persönlich gefragt

Jürg Stopp hat als Glücksbringer einen Steinbock - aus gutem Grund.

## Auf Erholungskurs

Der Buchhandel kann für 2018 stabile Zahlen vorweisen. **3**

[www.salmann.com](http://www.salmann.com)

**SALMANN**  
INVESTMENT MANAGEMENT



# Heirat oder Trennung

**Bergbahnen-Streit** Das gemeinsame Skiticket der Bergbahnen Wildhaus und der Toggenburg Bergbahnen ist ab nächstem Winter Geschichte. Entweder kommt die Fusion - oder aber man geht getrennte Wege.



VON STEPHAN AGNOLAZZA-HOOP

Jetzt ist klar: Ein weiter wie bisher wird es im Toggenburg nicht geben. Aller Voraussicht nach wird das gemeinsame Skiticket ab nächster Wintersaison passé sein. Das erklärt Mélanie Eppenberger von den Toggenburger Bergbahnen gegenüber «Wirtschaft regional». Auf der Wildhauser Seite weiss man zur gleichen Zeit von nichts und hofft weiter auf eine regionale Lösung. Damit erreicht der Streit zwischen den Toggenburger Bergbahnen und den Bergbahnen Wildhaus einen neuen Höhepunkt. Doch der Reihe nach.

### Wildhaus will das regionale Billet ...

Der Disput zwischen den Bergbahnen Wildhaus und den Toggenburger Bergbahnen schwelt schon seit Längerem. Als Besucher spürt man davon allerdings wenig. Dank eines gemeinsamen Tickets konnte man von Wildhaus über Unterwasser bis Alt St. Johann dem Skisport frönen, ohne mehrere Tickets bestellen zu müssen. Geregelt wurde das vor drei Jahren in einem Vertrag, der mit der laufenden Wintersaison ausläuft. Nun wurden immer mehr Einheimische und Gäste unruhig. Wie es weitergeht, stand bis gestern in den Sternen. Auf Nach-

frage erklärt Urs Gantenbein, Geschäftsführer der Bergbahnen Wildhaus, dass das gemeinsame Skiticket noch eine Pendeiz sei. «Für uns gibt es aber keinen Grund, das gemeinsame, regionale Ticket in Frage zu stellen.»

Deshalb habe man mit dem dualen Tarifmodell sogar eine neue Variante ausgearbeitet und im vergangenen September vorgestellt. Dieses würde sowohl ein lokales als auch ein regionales Ticket beinhalten, wobei ersteres natürlich günstiger wäre. Bereits damals erklärte Gantenbein, weshalb ein solches Modell Sinn ergeben würde: «Bis zu drei Viertel der Toggenburger Wintersportler wechseln das Teilgebiet nicht und nutzen entweder die Teilgebiete Alt St. Johann/Unterwasser oder Wildhaus.» Ein duales Tarifsystem würde den Ertrag der beiden Unternehmen nicht nur sichern, sondern sogar erhöhen, war Gantenbein überzeugt.

### ... doch die Toggenburger sagen klar Nein

Damit die Rechnung aufgeht, müssen die Toggenburger Bergbahnen mitspielen. Und von dieser Seite kam gestern zum ersten Mal ein klares Nein zur Idee. Und nicht nur das: Mélanie Eppenberger, Verwaltungsratspräsidentin der Toggenburg Bergbahnen, stellt klar: Eine Fusion sei die einzige Al-

ternative zum Alleingang der beiden Unternehmen. «Für halbherzige, tendenziell trennende Lösungen ist die Zeit vorbei.» Damit ist klar: Das gemeinsame Ticket ist Geschichte.

### Einzigster Ausweg wäre eine Fusion

Stattdessen hofft Eppenberger weiter auf eine Fusion der Bergbahnen im oberen Toggenburg: «Diese wird von breiten Kreisen gewünscht und die TBB hat darauf frühzeitig mit einem Fusionsangebot reagiert.» Man sei weiterhin offen für Fusionsgespräche. Wie übrigens auch auf Wildhauser Seite - «doch nur auf Augenhöhe», liess Gantenbein bereits im September verlauten. In der «Wildwest-Manier» der Toggenburg Bergbahnen werde das nicht funktionieren. Aufgrund der Differenzen zwischen den beiden Bergbahnen erscheint eine Fusion zum jetzigen Zeitpunkt auch sehr unwahrscheinlich.

Für Wildhaus ist das Nein der Nachbarn doppelt bitter: Sie wollen fünf Millionen Franken aus der neuen Regionalpolitik als Basis für das Investitionsprojekt «Wildhaus 2.0». Doch der Kanton gibt diese Gelder nicht frei, solange es kein gemeinsames Winterticket gibt. Wie es hier weitergeht, ist, wie die ganze Situation im oberen Toggenburg, noch offen.

Bild: Toggenburg Tourismus

## Gesagt

Thomas Lorenz, Geschäftsführer der Stiftung Zukunft.li, spricht im Samstaggespräch über die grossen Zukunftsfragen. **Seiten 4 + 5**

## Gehört

Die Gerüchteküche rund um den Fastfood-Standort Liechtenstein brodelt. Doch auch in der Region tut sich einiges. **Seite 7**

## Gefragt

Die Liechtensteinerin Katrin Eggenberger ist die persönliche Mitarbeiterin von WEF-Gründer Klaus Schwab. Das Interview. **Seite 8**

## Scheich steigt bei Ruggeller Firma ein

**RUGGELL.** Scheich Saeed bin Ahmed Al Maktoum hat ein grosses Ziel: Der Onkel des amtierenden Emirs von Dubai will die Vereinigten Arabischen Emirate bis 2021 zum Zentrum für Blockchain-Investitionen machen. Dafür wurde im vergangenen Jahr auch die «Emirates Blockchain Strategy 2021» ins Leben gerufen. Die dreijährige Strategie zielt darauf ab, die Blockchain-Technologie zu nutzen, um 50 Prozent der Regierungstransaktionen bis 2021 in die Blockchain-Plattform umzuwandeln. Es geht aber unter anderem auch darum, das globale Wirtschaftswachstum zu fördern. Wohl mitunter ein Grund, weshalb die Seed Group, eine Vereinigung verschiedener Unternehmen im Besitz des privaten Büros des Scheich Saeed bin Ahmed Al Maktoum, nun mit einer Liechtensteiner Blockchain-Firma kooperiert. Eine grosse Nummer, wenn man bedenkt, dass der Scheich CEO und Vorsitzender der Emirates Group, Vorsitzender von Dubai World und Vorsitzender des obersten Fiskalkomitees von Dubai ist.

Von der Kooperation profitieren soll die in Ruggell ansässige Invao. Das Unternehmen hat einen Trading-Algorithmus entwickelt und investiert in Krypto-Assets. Investoren bekommen über einen Token die Möglichkeit, daran zu partizipieren. Invao soll eine zentrale Rolle bei der Umsetzung der Emirates Blockchain Strategy 2021 spielen. «Bei Invao verfügen wir über die umfassende Erfahrung und Ressourcen, um zum Aufstieg der Vereinigten Arabischen Emirate als weltweit führenden Hersteller von Blockchain-Technologien beizutragen. Wir freuen uns darauf, diese Vision zu kristallisieren», lässt sich Invao-Geschäftsführer Frank Wagner in einer Mitteilung zitieren. Im Gegenzug will das Unternehmen weitere Kapitalgeber in den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) finden. Dabei soll das Privatbüro des Scheichs helfen. (ags)

## GKB auf Rekordkurs

**CHUR.** Die Graubündner Kantonalbank (GKB) ist 2018 weitergewachsen und hat ein Rekordergebnis erzielt. Schub entwickelte die erstmals konsolidierte Beteiligung am Vermögensverwalter Albin Kistler. Bankpräsident Peter Fancioni sprach am Freitag in Chur vor den Medien von einem «sehr erfreulichen» Jahresergebnis. Und Alois Vinzens, Vorsitzender der GKB-Geschäftsleitung, umschrieb die wachsende Bedeutung der Vermögensverwaltung innerhalb

des Bankengeschäfts mit den Worten: «Wir leben noch gut von den Zinsen, aber immer besser vom Kommissionsgeschäft.» Der operative Geschäftserfolg der GKB lag mit 196,1 Millionen Franken auf dem Niveau des Rekordvorjahres. Der Konzerngewinn verbesserte sich um 2,7 Prozent auf 185,1 Millionen Franken. Die Inhaber der Partizipations-scheine sollen am Geschäftsergebnis mit einer Dividende von 40 Franken profitieren, wie die GKB mitteilte. (awp)

## Arbeitslosigkeit geht zurück

**ST. GALLEN.** Wie die Fachstelle für Statistik gestern mitteilte, waren Ende Januar 2019 im Kanton St. Gallen 10 242 Stellensuchende bei einem regionalen Arbeitsvermittlungszentrum gemeldet. Das sind praktisch gleich viele wie im Vormonat. Gegenüber dem Vorjahresmonat, dem Januar 2018, sind es rund 500 Personen oder fünf Prozent weniger. Das ist praktisch der gleiche Wert wie in Appenzell Ausserrrhoden. Im Thurgau und in der ganzen Schweiz ist

der Rückgang etwas stärker. Die Zahl der stellensuchenden Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist gegenüber dem Vorjahr überdurchschnittlich zurückgegangen, um 9 Prozent.

Eine klar stärkere Abnahme als im kantonalen Mittel weist unter den Wahlkreisen das Toggenburg auf. Auch im Sarganserland und im Wahlkreis St. Gallen hat die Zahl der Stellensuchenden überdurchschnittlich abgenommen. (awp)

Kennen Sie Ihre Kunden und Geschäftspartner?

Wirtschaftswissen kompakt

FIRMENSÜCHE.LI



# «Order. Ooorder!»



«Das tote Pferd wird weitergeritten.»

Christian Frommelt, Direktor des Liechtenstein-Instituts

Unzählige Male musste Speaker John Bercow das britische Unterhaus in den letzten Wochen zur Ordnung rufen. Kein Wunder, denn mit dem bevorstehenden Brexit haben die ohnehin lebhaften Parlamentsdebatten im Vereinigten Königreich nochmals an Intensität gewonnen. Das britische Unterhaus gilt als typisches Redeparlament. Während bei Arbeitsparlamenten wie z. B. dem US-Kongress die Gesetzgebung im Zentrum steht, sind Redeparlamente von der öffentlichen Plenardebatte geprägt. Arbeitsparlamente findet man eher in präsidentiellen Systemen, wo die Regierung nicht direkt dem Parlament verantwortlich ist. Bei einer besonders starken Verflechtung von Regierung und Parlament herrscht dagegen oft der Typus des Redeparlaments vor. Dies kann sich allerdings auch ändern: So galt z. B. die eidgenössische Bundesversammlung im 19. Jahrhundert noch als Redeparlament und hat sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts mit der zunehmenden Bedeutung parlamentarischer Kommissionen zu einem Arbeitsparlament entwickelt. Auch der liechtensteinische Landtag kann prinzipiell als Arbeitsparlament bezeichnet werden. Allerdings fehlen

dem Landtag – wohl aufgrund seiner geringen Grösse – ein differenziertes Ausschusswesen und die damit verbundene Spezialisierung der einzelnen Abgeordneten auf konkrete Fachgebiete, wie sie sonst für Arbeitsparlamente typisch sind. Stattdessen konzentriert sich das Gros der Parlamentsarbeit auf die Plenardebatte und der durchschnittliche Abgeordnete muss immer noch ein Generalist sein. Der Landtag ist deshalb eine Mischform, sozusagen ein «redendes Arbeitsparlament», in welchem mal die politische Debatte, mal die konkrete Gesetzesarbeit im Vordergrund steht.

Mit der Klassifizierung als Arbeits- oder Redeparlament ist keine Wertung verbunden. Beide Parlamentstypen können wesentlich zur Legitimität und Effektivität des politischen Systems beitragen. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass, egal wie ein Parlament arbeitet, ein gewisses Spannungsverhältnis zwischen politischer Debatte und legislativer Arbeit besteht. So schaffen öffentliche Debatten mehr Transparenz, Verständnis und Beteiligungsmöglichkeiten. Allerdings wird in öffentlichen Parlamentsdebatten oft stark polarisiert. Im Unterschied dazu begünstigen nicht-öffentliche Parlamentsausschüsse eine konstruktive Zusam-

menarbeit über die Parteigrenzen hinweg und damit eine effiziente Entscheidungsfindung. Transparenz braucht deshalb auch Grenzen. Um die beiden Arbeitsweisen zu verbinden, hat in der Schweiz jüngst die Aussenpolitische Kommission Expertinnen und Experten zum institutionellen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU angehört. Normalerweise finden solche Anhörungen hinter verschlossenen Türen statt. Dieses Mal aber wurden sie live in Fernsehen und Radio übertragen.

Nach der Anhörung waren sich die Kommentatoren einig, dass die sachliche Information im Zentrum stand und die Anhörung weder von den Expertinnen und Experten noch von den Kommissionsmitgliedern als politische Bühne genutzt wurde. Allerdings gelang dies nur, weil sich die Diskussion mehrheitlich um technische Fragen drehte. Gerade bei europapolitischen Vorlagen sind es aber erfahrungsgemäss nicht die konkreten Inhalte einer Vorlage, sondern grundlegende Werte und Ziele, welche die Debatte dominieren. Entsprechend schlecht steht es um die Chancen des institutionellen Abkommens. Dies bringt uns zurück zum Brexit: Auch im Vereinigten Königreich haben Parlamentsausschüsse etliche Anhörungen durchgeführt. Obwohl diese mehrheitlich sachlich verliefen und obwohl die Argumente der Gegner eines harten Brexits klar überwiegen, hat sich dadurch nichts an der Polarisierung geändert. So wird allen «Ooorder!»-Rufen zum Trotz das tote Pferd weitergeritten und ein harter Brexit rückt immer näher. Was bleibt, ist die Frage, wie man angesichts der in bald allen Staaten Europas vorherrschenden Polarisierung rund um die Frage, wie nationalstaatliche Souveränität gelebt werden soll, noch eine konstruktive aussenpolitische Debatte führen und effizient Entscheide treffen kann. Dass dies auch in Liechtenstein schwierig ist, zeigte die Debatte über den Migrationspakt. Bleibt zu hoffen, dass ungeachtet mancher Herausforderung in der Umsetzung uns der EWR noch lange erhalten bleibt und wir so wenigstens eine europapolitische Grundsatzdebatte vermeiden können.

## KOMMENTAR



Stephan Agnolazza-Hoop, Chefredaktor

## Gedanken eines Skifahrers

Zu Beginn der Woche sassen wir gemütlich auf der Terrasse des «Stöfeli», einer urchigen Beiz unterhalb der Chäserrugg. Während die Sonne in den Kafi Lutz schien, kamen wir mit unseren Tischnachbarn ins Gespräch. Besorgt erzählte einer, dass es ab nächstem Jahr kein gemeinsames Ticket mehr geben könnte. Im Nu waren nicht weniger als drei Tische in das Gespräch involviert, das Thema traf offensichtlich einen Nerv. Die Unwissenheit in der Runde war gross, noch grösser aber die Unzufriedenheit über den lange anhaltenden Streit.

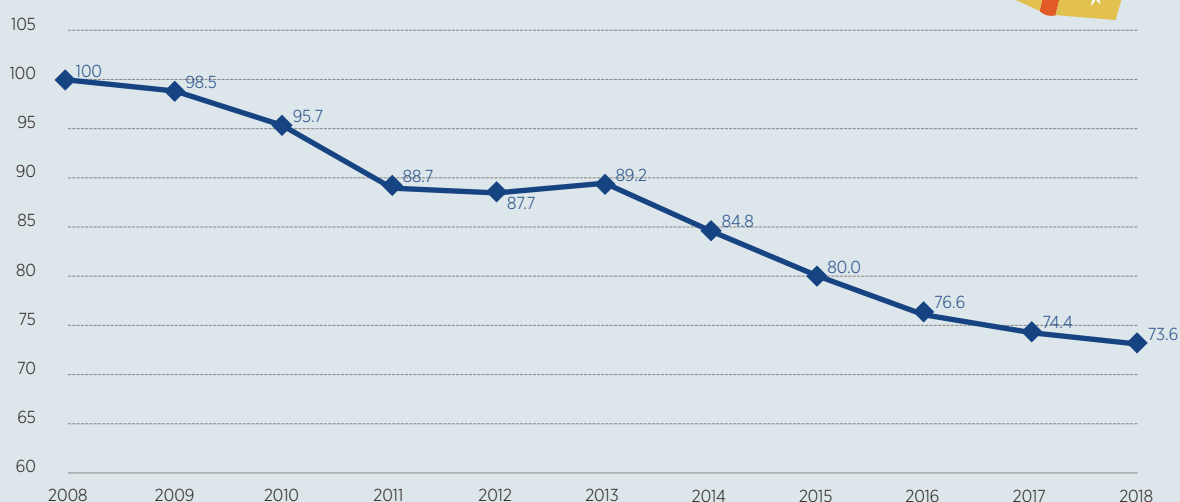
Nach den Anfragen haben wir also traurige Gewissheit: Weil eine Fusion derzeit wohl in weiter Ferne liegt, ist das regionale Ticket bereits im nächsten Winter passé. Mit dieser Entscheidung werden nur Verlierer produziert: Allen voran die Wintersportler, deren Angebot stark eingeschränkt wird – es sei denn, sie bezahlen für zwei Tageskarten. Das beschränkte Angebot am Berg wird auch Auswirkungen auf den Tourismus im Tal haben. Zwei kleine Skigebiete haben eine geringere Strahlkraft als ein mittelgrosses. Und dritter Verlierer sind die Bergbahnen Wildhaus, die weiterhin auf die Fördergelder des Kantons verzichten müssen, um die in die Jahre gekommene Infrastruktur zu ersetzen.

Die Lage ist verfahren. Selbst der Kanton, der ein gemeinsames Ticket als Minimalanforderung forderte, ist gescheitert. Es scheint, als ob die Toggenburg Bergbahnen ihren eingeschlagenen Weg der Separation unbeirrt weitergehen wollen. Wohl auch, um dem kleineren Nachbarn zu schaden – und ihn womöglich bald günstiger übernehmen zu können?

Wie auch immer der Plan aussehen mag: Die Folgen sind Ärger, Unverständnis und ausbleibende Gäste. Vielleicht muss man es im oberen Toggenburg auf die harte Tour lernen. Als passionierter Skifahrer kann man nur den Kopf schütteln. Und hoffen, dass im Sommer die Vernunft einkehrt.

## CHART DER WOCHE

### Marktreport Buchmarkt präsentiert stabile Zahlen



Wirtschaftsregional Infografik: Myrjam Lenherr, Quelle: sbv

## IMPRESSUM:

**Herausgeber:** Vaduzer Medienhaus AG  
**Geschäftsführer:** Daniel Bargetze  
**Chefredaktor:** Stephan Agnolazza-Hoop (ags)  
**Redaktion:** Dorothea Alber (dal), Reto Philipp Mündle (rpm), Jeremias Büchel (jeb)  
**Redaktionsassistent:** Sandro Widrig  
**Fotojournalisten:** Daniel Schwendener, Tatjana Schnalzer  
**Marketing/Verkauf:** Patrick Flammer (Leiter), German Beck, Tristan Gabathuler, Astrid Tischhauser (Innendienst)  
**Abonnentendienst:** Susanne Hehli  
**Druck:** Somedia Partner AG, 9469 Haag

**Adressen:** Vaduzer Medienhaus AG, Lova Center, Postfach 884, 9490 Vaduz, Tel. +423 236 16 16, Fax +423 236 16 17. Redaktion: Tel. +423 236 16 35; E-Mail: redaktion@wirtschaftsregional.li; Inserate: Tel. +423 236 16 63, Fax +423 236 16 69, E-Mail: Inserate@wirtschaftsregional.li; Abonnentendienst: Tel. +423 236 16 61, E-Mail: abo@wirtschaftsregional.li, www.wirtschaftsregional.li